

& betrieb gewerkschaft Intern

Ausgabe 3/Okttober 2007/10. Jahrgang

www.betriebundgewerkschaft.de

Herausgegeben vom BundessprecherInnenrat der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE.

Schnelle Absicherung für Postbeschäftigte notwendig

Für die Postbeschäftigten muss bis zum 1. Januar 2008 diese Absicherung durchgesetzt werden. Sonst wird die Gefahr weitverbreiteten Lohndumpings in der Postbranche deutlich zunehmen.

Wir fordern Wirtschaftsminister Glos und die Union nachdrücklich auf, ihren Widerstand gegen einen tariflichen Mindestlohn für die Postbeschäftigten aufzugeben. Der Tarifvertrag muss unverzüglich und unbürokratisch für allgemeinverbindlich erklärt werden. Darüber hinaus müssen die Postdienste schnell in das Entsendegesetz aufgenommen werden.

In der weiteren Perspektive fordert DIE LINKE die Postunternehmer auf, den tariflichen Mindestlohn für die ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen auf das Niveau der westdeutschen Beschäftigten anzuheben.

Von Hunger- und Niedriglöhnen sind jedoch über sieben Millionen Menschen betroffen. Um ihre Lebenslage zu verbessern ist der gesetzliche Mindestlohn notwendig. DIE LINKE wird weiterhin Druck machen für eine Mindestabsicherung von acht Euro. Dieser Betrag wird in schnellen Schritten erhöht werden müssen.

Darüber hinaus bekämpft DIE LINKE die Ursachen für Niedriglöhne: Leiharbeit muss zurückgedrängt werden. Vor allem gilt aber: Weg mit Hartz IV! Denn der Fortfall jeglicher Zumutbarkeitsregelungen ist ein wichtiger Grund dafür, dass Millionen von Menschen gezwungen werden, zu menschenunwürdigen Hungerlöhnen zu arbeiten.

Heidi Scharf und Michael Schlecht

Inhaltliche Schwerpunkte der AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN 2007/2008

Beschluss des Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft am 8. und 9. September 2007 in Stuttgart

Unter Berücksichtigung, dass die Arbeitsbedingungen der AG auf Bundesebene und in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich sein können, vereinbaren wir für den oben genannten Zeitraum folgende inhaltliche Themen schwerpunktmäßig gemeinsam auf Bundesebene und jeweils vor Ort in den Ländern zu bearbeiten:

Gegen Lohndumping – für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro plus

Die Hartz-Gesetze der Schröder-Regierung haben entschieden dazu beigetragen Lohndumping und prekäre Beschäftigung zu befördern. Das Grünbuch Arbeitsrecht ist ein weiterer Angriff auf die sozialen Standards für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Europas.

Aus diesem Grund wird es noch wichtiger für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro plus zu kämpfen und die Losung „Hartz IV muss weg!“ aufrecht zu erhalten.

Wir solidarisieren uns mit den Kolleginnen und Kollegen in den verschiedenen Branchen in ihren Tarifaussinandersetzungen um gerechte Tariflöhne und in ihrem Kampf um die Sicherheit und den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Für die Re-Aktivierung des Sozialstaates und die Re-Kommunalisierung privatisierter öffentlicher Einrichtungen

Für uns ist die Re-Aktivierung des Sozialstaates unter neuen Bedingungen eine Hauptaufgabe. Freiheit, Selbstbestimmung und demokratische Mitgestaltung erfordern soziale Sicherheit. Allen Mitgliedern der Gesellschaft müssen Wohnung, Lebensmittel, Bildung, medizinische Leistungen und

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|--------------------------------------------------------|------|
| <i>Beschluss: Inhaltliche Schwerpunkte</i> | S. 1 |
| <i>Beschluss: Organisationspolitische Perspektiven</i> | S. 2 |
| <i>G. Kemski: Wir müssen unübersehbar sein</i> | S. 4 |
| <i>Beschluss: Ein Betrieb, ein Tarif!</i> | S. 5 |
| <i>W. Dreibus: Gegen Lohndumping...</i> | S. 6 |
| <i>Personelles</i> | S. 6 |
| <i>M. Smit: Konferenzbericht aus Dänemark</i> | S. 7 |
| <i>LAG Hamburg: Künftig unbeschreiblich weiblich!</i> | S. 8 |

Pflege, Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten, kulturelle Angebote und Mobilität zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen.

In diesem Zusammenhang wenden wir uns eindeutig gegen weitere Arbeitsplatzvernichtung im Öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Gemeinden. Außerdem fordern wir auch einen Ausbau der Anzahl öffentlich Beschäftigter, um die gesellschaftlich notwendige Aufgaben erledigen zu können.

Wir setzen uns nachdrücklich für einen Stopp weiterer Privatisierungen ein und für die Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Betriebe. Hier geht es nicht nur um Krankenhäuser und soziale Dienste, sondern beispielsweise auch um eine Re-Kommunalisierung von Energieunternehmen, Verkehrsbetrieben, Ver- und Entsorgung usw.

Projekten der Public-Private-Partnership (PPP) treten wir entschieden entgegen. Bei PPP-Projekten sind in der Regel die Gewinne der Privaten gesichert, die Risiken dagegen werden von der Öffentlichen Hand getragen. Die Gewinnorientierung der Privaten Partner bestimmt dann das Handeln in den PPP-Projekten.

Im Bündnis zwischen Beschäftigten und Bürgerinnen und Bürgern muss klar werden, dass Markt, Wettbewerb und Profitlogik bei den öffentlichen Dienstleistungen keine Rolle spielen dürfen.

Mit den linken Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in der Partei der Europäischen Linken (EL) sind wir eindeutig dafür, dass Staaten und Gebietskörperschaften auch Wirtschaftsbetriebe zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung betreiben dürfen. Alle gegenteiligen Bestrebungen der EU-Kommission weisen wir zurück.

Demokratie im Betrieb – Politischen Streik durchsetzen

Die politischen Bestrebungen, betriebliche Einflussmöglichkeiten von Interessenvertretungen wie Betriebs- und Personalräten weiter zu beschränken, nehmen zu. Besonders deutlich wird dies bei den Veränderungen der Personalvertretungsgesetze in den Bundesländern, wie z.B. in Hessen, Berlin, Hamburg oder besonders drastisch

in NRW.

Wir hingegen wollen, dass in allen großen Unternehmen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften bei wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen paritätisch mitbestimmen können. In den Regionen, Ländern und im Bund sollen Wirtschafts- und Sozialräte mit Informations-, Initiativ- und Beratungsrechten in Bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik gebildet werden. Darin sollen Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände mitwirken. Auch in transnationalen Konzernen und auf der europäischen Ebene soll die Mitbestimmung gewährleistet und ausgeweitet werden. Die bereits erfolgten Verschlechterungen in den Personalvertretungsgesetzen der Bundesländer müssen zurückgenommen werden.

Um weitere Angriffe auf betriebliche und gewerkschaftliche Rechte abzuwehren und positive Forderungen durchsetzen zu können, ist es ganz entscheidend, auch in der Bundesrepublik Deutschland dafür zu sorgen, dass das Recht auf politischen Streik wahrgenommen werden kann. Die AG Betrieb & Gewerkschaft setzt sich außerdem für die gesetzliche Einführung des Verbandsklagerechtes ein.

Rentenkampagne

Die geplante Rentenkampagne der Partei *DIE LINKE*. werden wir aktiv unterstützen.



Organisationspolitische Perspektiven der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE.

Beschluss des Bundestreffens der AG Betrieb & Gewerkschaft am 8. und 9. September 2007 in Stuttgart

Mit der Bildung der Partei *DIE LINKE*. haben sich die Bedingungen für die AG Betrieb & Gewerkschaft gravierend verändert. Es gibt neue Regelungen für ihr Wirken in der Partei als bundesweit und in den Ländern anerkannter innerparteilicher Zusammenschluss der *LINKE* im Sinne von § 7 der Bundessatzung. Vor allem aber kann sie in viel größerem Maße als bisher Mitglieder und Aktive gewinnen und politischen Einfluss in der

Partei *DIE LINKE*., in den Gewerkschaften und Betrieben und in der Gesellschaft gewinnen und zur Vernetzung von linken GewerkschafterInnen aus verschiedenen Bereichen beitragen. Die AG kann und wird absehbar der bei weitem mitgliederstärkste Zusammenschluss und in allen Bundesländern vertreten sein. Daraus ergeben sich grundlegend veränderte Anforderungen an die Arbeit und Organisation der AG auf allen Ebenen.

1. Die Zahl der eingetragenen Mitglieder der AG muss kontinuierlich vergrößert werden. Dazu sind ständige und organisierte Anstrengungen erforderlich, um gezielt auch in – gemessen am Potenzial der gewerkschaftlich Aktiven – noch schwachen Bereichen stärker zu werden, regionale, unternehmens- und gewerkschaftsbezogene „weiße Flecken“ zu beseitigen. Erstes quantitatives Ziel sind über 1000 Parteimitglieder im Zusammenschluss, das bedeutet 8 Bundesparteitagsdelegierte. Die der AG zugehörigen PV-Mitglieder sind gefordert beim Aufbau in den Bundesländern inhaltlich und organisatorisch Hilfestellung zu leisten
 2. Neben gewerkschaftlich aktiven Parteimitgliedern sollten auch weiterhin Nichtmitglieder der Partei als AG-Mitglieder angesprochen werden. Sie müssen lediglich gesondert erfasst werden, weil sie bei der Ermittlung der innerparteilichen Rechte des Zusammenschlusses nicht mitzählen. Dennoch tragen sie zur Verankerung der *LINKEN* in Betrieben und Gewerkschaften und auch zum Gewicht der AG bei. Sie können satzungsgemäß als Gastmitglieder behandelt werden, wenn sie das wollen. Die Mitgliedschaft in der AG kann in vielen Fällen ein Zwischenschritt zur Parteimitgliedschaft sein, auf die die AG orientiert.
 3. In allen Bundesländern sind schnellstmöglich landesweite anerkannte Zusammenschlüsse Betrieb & Gewerkschaft zu bilden. Ausgehend von diesen und den örtlichen bzw. regionalen Parteigliederungen und in Abstimmung miteinander sind Zusammenschlüsse in möglichst vielen Regionen und Kreisen aufzubauen. Nur dann ist, insbesondere in den Flächenländern, eine effektive und möglichst viele Aktive einbeziehende Arbeit möglich. Die Bundes-AG unterstützt diese Aufbauarbeit.
 4. Die AG sollte auf allen Ebenen, wo sie besteht, in den Vorständen der Partei vertreten sein. Die AG ist bei gewerkschaftspolitisch relevanten Aktivitäten der Partei sowie der Fraktionen oder von Abgeordneten der *LINKEN* auf allen Ebenen zu informieren und zu beteiligen.
 5. Das Wachstum der Mitgliederzahl und die komplexe Struktur der AG erfordert eine veränderte Arbeitsweise und innere Struktur. § 7(4) der Satzung sieht vor, dass die Zusammenschlüsse darüber selbstständig entscheiden, sowie: Diese müssen demokratischen Grundsätzen entsprechen. Soweit die Satzung eines bundesweiten Zusammenschlusses nichts anderes vorsieht, ist die Bundessatzung sinngemäß anzuwenden. Es ist daher sinnvoll, eine knappe Satzung mit den notwendigen Regelungen zu beschließen. Das betrifft auf Bundesebene insbesondere die Modalitäten der Durchführung und Zusammensetzung von Bundesdelegiertenkonferenzen und Bundestreffen sowie die Wahl des BundessprecherInnenrates und der Delegierten zum Bundesparteitag und in den Bundesausschuss. Die BundessprecherInnen sind aufgefordert, im nächsten Halbjahr einen Satzungsentwurf für die AG vorzulegen, der die notwendigen bundesweiten Regelungen trifft.
 6. Für die Kommunikation in der AG gibt der BundessprecherInnenrat einen Newsletter b&g-intern heraus, der an die Mitglieder elektronisch und an die ohne eMail-Zugang per Post versandt wird. Es muss gewährleistet werden, dass die Verteiler der Mitglieder und Interessierten in Ländern und Bund auf dem aktuellen Stand gehalten und miteinander abgeglichen werden.
 7. Für die Öffentlichkeitsarbeit gibt die AG mehrmals jährlich in ihrer politischen Verantwortung eine Massenzeitung heraus und verbreitet sie mit Unterstützung der Partei. Darüber hinaus sind bei Bedarf weitere Massenmaterialien und Informationsmaterial zu erstellen. Die Öffentlichkeitsarbeit sollte in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftspolitischen SprecherInnen der Partei *DIE LINKE* erfolgen.
 8. Die politischen Positionen und Schwerpunkte, Materialien und Informationen der AG werden unter der politischen Verantwortung des BundessprecherInnenrates im Internet zugänglich gemacht. Die Website der AG soll einen Online-Beitritt zur AG sowie die Kontaktaufnahme zur AG ermöglichen, sie ist mit den Websites der Landes-AGen zu verlinken.
 9. Für die Bewältigung ihrer organisatorischen Aufgaben, bei der Kommunikation und der Erstellung und Verbreitung von Materialien, der Durchführung von Veranstaltungen sowie für ihre sonstige Arbeit braucht die AG ausreichende und verlässliche hauptamtliche Unterstützung. Das muss insbesondere auf Bundesebene gewährleistet werden.
- Die Kommunikation der AG nach außen ist zu optimieren, die nach innen ebenfalls. Es soll ein Arbeitskreis gebildet werden, der dazu einen gangbaren Vorschlag erarbeitet



Wir müssen unübersehbar sein...

Zu den organisatorischen Perspektiven der AG Betrieb & Gewerkschaft

Wenn wir wollen, das künftig nicht in einem Bundesland, wie in Berlin, verantwortliche PolitikerInnen der Partei *DIE LINKE*. der Ausweitung der Ladenöffnungszeiten zustimmen. Wenn wir wollen, dass nicht mehr SPD-Klüngel oder SPD-Gewerkschaftsräte auf verschiedenen Ebenen weiter erheblichen Einfluss darauf nehmen, was in den Gewerkschaften zu geschehen hat, dann müssen wir dafür sorgen, dass *DIE LINKE*. mehr Mitglieder unter aktiven GewerkschafterInnen bekommt. Das wird nur organisiert gelingen. Ebenso müssen wir dafür sorgen, dass die Klasseninteressen der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen entscheidend für die Partei sind, dann müssen wir uns inhaltlich und organisatorisch eine entsprechende Position in der Partei schaffen.

Das kann nur in Etappen gehen. Als ersten und entscheidenden Schritt muss es uns gelingen, dass wir eindeutig der größte Zusammenschluss in der Partei *DIE LINKE*. werden. Konkret heißt das zunächst, bis zum nächsten Bundestreffen am 17./18. November 2007 in Hannover MINDESTENS 1.000 Unterschriften zu bekommen in denen Mitglieder ihre Zugehörigkeit zur AG Betrieb & Gewerkschaft erklären. Wir sollten diese Unterschriften aus ALLEN Bundesländern zusammenbringen. Am 30. November 2007 ist unwiderruflich Stichtag für die Anerkennung als bundesweiter Zusammenschluss. Gleichzeitig ist entscheidet sich mit der Anzahl der AG Mitglieder auch die Anzahl der Delegierten zum Bundesparteitag.

Auch danach werden wir mit der Unterschriftensammlung weitermachen, denn wir sollten den Anspruch haben Tausende zu werden.

Die zweite Etappe muss sein, dass sich Landes-AGen Betrieb & Gewerkschaft bis Ende des 1. Quartals 2008 in ALLEN Bundesländern konstituieren und SprecherInnen wählen. Bis dahin müssen wir unsere bisher noch vorhandenen weißen Flecken in Hessen, Bremen und im Saarland beseitigen.

In den Flächenländern sollten, wo möglich, beispielsweise wie in Sachsen auch regionale AG Betrieb & Gewerkschaft gebildet werden.

Es versteht sich von selbst, dass auch künftig GewerkschafterInnen bei uns willkommen sind, die (noch) nicht Mitglieder der Partei *DIE LINKE*. sind. Auch für sie wollen wir eine Heimat und ein Betätigungsfeld bieten. Bereits in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass dies ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Mitgliedschaft sein kann.

DIE LINKE. ist im Wachstum. Wir sollten gezielt und organisiert daran gehen, dass bei dem Zuwachs reichlich GewerkschafterInnen dabei sind. Die 60 KollegInnen, die kürzlich in einer Zeitungsanzeige Ihren Beitritt öffentlich gemacht haben, sind ein gutes Beispiel. Wie wäre es mit der Losung: „Keine/r tritt mehr alleine ein?“

Auf dem Bundestreffen in Stuttgart haben wir auch formuliert, dass wir darum kämpfen nicht nur im Parteivorstand sondern auch in den Landesvorständen und auch in regionalen Vorständen mit Mitgliedern der AG Betrieb & Gewerkschaft vertreten sein wollen. Auf einigen Landesparteitagen hat das recht gut geklappt, auf anderen gar nicht. Das müssen wir auswerten.

Ebenso müssen wir uns Gedanken machen, wie die Genossinnen und Genossen, die in solche Funktionen gewählt werden in ständiger Kommunikation mit der AG bleiben. Überlegen müssen wir auch, wie die Abgeordneten, die zur Gewerkschaftsstruktur der Partei *DIE LINKE*. gehören untereinander aber auch mit der AG in Austausch treten.

Alles dies sind Wachstumsprobleme, die wir zu lösen haben. Gerade hinsichtlich unserer künftigen Kommunikation gilt es Einiges zu entwickeln. Speziell hierzu wird es eine Arbeitsgruppe geben, die Vorschläge erarbeitet.

Bisher hat es die AG Betrieb & Gewerkschaft immer verstanden, die anstehenden Probleme solidarisch zu lösen. Das sollten wir auch weiter tun.

Vielleicht träumen wir einmal: In fünf Jahren findet in Essen eine Bundesdelegiertenkonferenz unserer AG statt. Diese Delegierten repräsentieren 20.000 AG-Mitglieder. Nicht nur die aktuelle Parteivorsitzende, sondern auch diverse Vertreter von Einzelgewerkschaften sowie der AfA drängen sich nach Grußworten bei uns So soll sogar Conny Freiberg von der GdP sich zu Wort melden wollen. In den SprecherInnenrat werden u.a. gewählt: Die Betriebsratsvorsitzende von BASF Ludwigshafen (IG BCE), der IG Metall VK-Leiter von EKO-Stahl in Eisenhüttenstadt sowie die Vorsitzende der Gesamt JAV der PIN AG. Das ist auch kein Wunder, denn 20 Prozent der Delegierten sind unter 30. Dies wiederum ist ein Ergebnis der erfolgreichen AG b&g im Jugendverband, die selbst mehr als 1.000 Mitglieder hat.....

Nun vielleicht treffen nicht alle diese Träume ein. Aber auch wenn es nur halb so gut wird, haben sich unsere Anstrengungen gelohnt.



Gerald Kemski

Ein Betrieb, ein Tarif

Gegen Lohndumping – für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro plus

***Beschluss des Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft
am 8. und 9. September 2007 in Stuttgart***

Die Leiharbeit schwächt nicht nur die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften in den Betrieben, sondern verstößt auch gegen die Würde des Menschen.

Die jetzige Fassung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes ermöglicht Lohndumping durch Niedriglöhne für Beschäftigte von Leiharbeitsbetrieben und verhindert Normalarbeitsverhältnisse. Die zeitlich unbegrenzten Leiharbeitsverhältnisse, verbunden mit Niedriglöhnen, die wechselnden Arbeitsplätze und die Unsicherheit des Arbeitsplatzes, machen eine normale Lebensplanung unmöglich.

Die Förderung von Leiharbeit durch die Bundesagentur für Arbeit ist einzustellen. Die bestehenden Büros der Leiharbeitsfirmen in der Bundesagentur für Arbeit müssen geschlossen werden.

DIE LINKE fordert in einem 5-Punkte-Programm unter dem Motto „Ein Betrieb, ein Tarif“, gemeinsam mit den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen, die Begrenzung der Leiharbeit und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Beschäftigten in den Leiharbeitsbetrieben, ohne dabei das Ziel der Abschaffung der Leiharbeit aufzugeben.

DIE LINKE entwickelt gemeinsam mit den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen ein 5-Punkte-Konzept zur Begrenzung der Leiharbeit:

1. Begrenzung der Leiharbeitsbeschäftigung

Gemeinsam mit den Gewerkschaften ist eine maximale Obergrenze für die Beschäftigten in der Leiharbeit im Verhältnis zur Stammbesellschaft festzulegen.

2. Ein Betrieb, ein Tarif

DIE LINKE setzt sich gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür ein, dass Beschäftigte von Leiharbeitsfirmen bei gleicher Arbeit im Betrieb mindestens auch die gleiche Vergütung erhalten wie die Stammbesellschaft.

3. Schaffung einer Grundlage für einen Flexibilitätsbonus

Beschäftigte einer Leiharbeitsfirma erhalten zusätzlich zu ihrer Entlohnung nach Abs. 2 eine Flexibilitätsvergütung. Mit dieser Flexibilitätszulage wird für die außergewöhnliche Einsetzbarkeit und die damit verbundenen persönlichen Belastungen der Beschäftigten in der Leiharbeit ein Ausgleich geschaffen.

4. Festlegung einer Befristung für Leiharbeitsplätze

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Beschäftigte der Leiharbeitsfirmen nur befristet in einem Betrieb beschäftigt werden.

5. Verbot von Leiharbeit in bestreikten Betrieben

Der Einsatz als „Streikbrecher“ ist gesetzlich zu verbieten. Die Leiharbeitsfirmen sind zu verpflichten, ihren betroffenen Beschäftigten während dieser Zeit den vollen Lohn weiter zu zahlen.

Kontakt und Info zur AG B&G:

ag.gb@die-linke.de, Tel: 030 / 24 009 673, Fax: 030/ 24 009 480, www.betriebundgewerkschaft.de

BundessprecherInnenrat:

Barbara Borchardt, Susanne Danowski, Hasso Ehinger, Gerald Kemski, Heidi Kloor, Mike Lätzsch, Sabine Wils

Gegen Lohndumping – Für einen gesetzlichen Mindestlohn



Die Bundestagsfraktion *DIE LINKE*. streitet seit anderthalb Jahren für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zunächst mindestens 8 Euro. *DIE LINKE*. hat hier, zusammen mit den Gewerkschaften, einiges ins Rollen gebracht. Wir haben viel dazu beigetragen, dass die SPD sich zumindest in ihren Verlautbarungen zu der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn bekennt. Allerdings ordnet sie sich – trotz ihrer Unterschriftenkampagne für den Mindestlohn – dem Koalitionspartner CDU/CSU unter. Mit ihrem faulen Mindestlohnkompromiss haben sie deutlich gemacht: Unter der Großen Koalition steht ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn derzeit nicht auf der Agenda.

Wir müssen deshalb weiterhin auf allen Ebenen – auch im Bundestag - Druck aufbauen, um den gesetzlichen Mindestlohn endlich durchzusetzen.

Der gesetzliche Mindestlohn ist wichtig und richtig und eine Art Notwehr gegen den massiven Druck auf Lohn-

und Arbeitsbedingungen. Doch darüber hinaus müssen die Ursachen für Niedrig- und Armutslöhne beseitigt werden. Mit Ausnahme der *LINKEN* vertreten alle Parteien im Bundestag eine „Jede Arbeit ist besser als keine“ – Politik und verteidigen die so genannten „Arbeitsmarktreformen“ der vorangegangenen Regierung Schröder. Die Hartz-Gesetze haben zu einem massiven Anstieg unsicherer Beschäftigung geführt, die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften geschwächt und Lohndumping verschärft. Die Fraktion *DIE LINKE*. sagt Leiharbeit, unbezahlten Praktika, sachgrundloser Befristung, geringfügiger Beschäftigung und anderen Formen unsicherer Arbeit den Kampf an.

Im Herbst bringen wir einen Rahmenantrag in den Bundestag ein, der unsere parlamentarischen Initiativen gegen unsichere Arbeit bündelt und in ein Gesamtkonzept von gut entlohnter, mitbestimmter und sicherer Arbeit einbettet.

Wir wollen unsere Politik im Bundestag aber immer wieder an der betrieblichen Wirklichkeit messen. Deshalb laden wir am 19. November 2007 zu unserer zweiten zentralen Betriebs- und Personalrätekonferenz in Frankfurt am Main ein. Dort wollen wir unsere Forderungen und Initiativen zur Diskussion stellen und gemeinsam über Strategien zur Durchsetzung gut entlohnter, mitbestimmter und sicherer Arbeit beraten.

Werner Dreibus, gewerkschaftspolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE.im Bundestag

Personelles

BundessprecherInnenrat AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE. gewählt:

Das Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft hat am 9. September 2007 in Stuttgart den BundessprecherInnenrat der AG gewählt. Gewählt wurden: *Hasso Ehninger* aus Baden-Württemberg, *Susanne Danowski* aus Brandenburg, *Mike Lätzsch* aus Sachsen, *Heidi Kloor* aus Berlin, *Sabine Wils* und *Gerald Kemski* aus Hamburg und *Barbara Borchardt* aus Mecklenburg-Vorpommern (von links).



Gewerkschaftspolitische SprecherInnen gewählt:

Als gewerkschaftspolitische SprecherInnen der Partei *DIE LINKE*. wurden *Heidi Scharf* und *Michael Schlecht* gewählt.



Wir wünschen allen Gewählten viel Erfolg.

Bericht von der Gewerkschaftspolitischen Konferenz von Enhedslisten/De Rød/Grønne in Roskilde am 18. August 2007

Bisher bestand kein direkter Kontakt zwischen der AG in Schleswig-Holstein und dem Gewerkschaftsausschuss von Enhedslisten. Jetzt habe auch ich den direkten Kontakt zu den beiden Teilnehmern vom Berliner Treffen, Michael Schørlardt und Karsten Ditlevsen. Darüber hinaus hat die AG B&G beim Gewerkschaftsausschuss von Enhedslisten nun ein Gesicht.

Der erste Tagesordnungspunkt war eine Momentaufnahme im „Kampf um Wohlstand“. Darunter wurden die gesamten Lebensäußerungen - Bedürfnisse der Bevölkerung - gefasst. In Berichten von Line Barfoed (Mitglied im Folketing, Enhedslisten) und Karsten Ditlevsen (Sekretariat im Folketing, Arbeitsmarkt und Integration) wurde dieser Kampf um Wohlstand dargestellt und welche Aufgaben sich daraus für Enhedslisten stellen.

Line Barfoed sprach in ihrem Statement von einer bürgerlichen Revolution, die zur Zeit stattfindet. Gemeint ist eine vollständige Durchdringung von Neoliberalismus in allen Sektoren der dänischen Gesellschaft.

Zum Beispiel der öffentliche Nah- und Fernverkehr, der ständig weniger Geld bekommt, bzw. der an Private verkauft wird. Wie an die englische Firma Ariva, die eine Bahnlinie an der Westküste betreibt und in der ersten Phase nicht mal ausreichend Lokführer hatte. Oder das marode Schienensystem, das im Sommer zu etlichen Ausfällen im Zugverkehr führte.

Das Gesundheitswesen steht unter einem sehr hohen Druck. Krankenhausschließungen, Zusammenlegungen, auch auf Grund der Kommunalgebietsreform, sind an der Tagesordnung. Wartezeiten von 2 Monaten für Krebspatienten ist die Folge. So musste der dänische Staat zulassen, dass die Bevölkerung sich auch in Deutschland behandeln lassen kann.

Aber es sind auch solche neuen Regelungen wie der obligatorische Sprachtest bei der Einschulung die in der Bevölkerung Unmut erzeugen. Kann mein Kind nicht die ausgesuchte Schule besuchen, bekommt es vielleicht nicht die richtige Unterstützung, muss ich das selbst bezahlen, wird mein Kind ausgegrenzt – sind die Fragen, die sich die Eltern stellen. Dies alles auch im Zusammenhang mit Schulzusammenlegungen, bei denen die bisherige Qualität der Schulen nicht gesichert ist.

Gleichermaßen gibt es Angriffe auf die Versorgung der älteren Mitbürger in den Altenpflegeheimen.

Durch alle diese Bereiche, in denen es um öffentliche Versorgung geht, zieht sich auch niedrige Entlohnung. So berichtete Line Barfoed von Streikaktionen gerade in diesem Sektor gegen die große „Ungleichheit“ z.B. von den Sozial- und Gesundheits-Assistenten.

Weiterhin machte sie darauf aufmerksam, dass die „Sozial Understøttelse (SU)“, die Jugendliche nach dem 18 Le-

bensjahr für die Zeit ihrer Ausbildung bekommen, notwendigerweise auf 13.500 DKr erhöht werden müssten, um die Unabhängigkeit vom Elternhaus zu gewährleisten.

Zum Schluss präsentierte sie den Finanzvorschlag von Enhedslisten, der auch auf ihrer Homepage veröffentlicht ist.

Danach gab es eine weitere Stellungnahme von Karsten Ditlevsen, der seinen Schwerpunkt auf die gewerkschaftliche Seite setzte.

Aufgrund der schlechten Arbeits- und Lohnverhältnisse haben schon mehrere tausende Angestellte im öffentlichen Dienst gekündigt. Dies hat zu weiteren Erhöhungen der Arbeitsbelastungen geführt. Als Gegenbewegung hat sich eine Kampagne entwickelt die „Mere i lønnen og flere hænder.“ (Mehr Lohn und Neueinstellungen.) auf die Tagesordnung gesetzt hat. Die Größe und Stärke der Demonstrationen und Aktionen in diesem Jahr haben selbst die Parteien und die Regierung überrascht und sogar die Gewerkschaften.

Von verschiedenen Seiten wird nun für den 2. Oktober, an dem das Folketing nach der Sommerpause wieder öffnet, eine Kundgebung in Christiansborg, dem Sitz des Folketing, vorbereitet.

Unter anderem kann es nicht hingenommen werden, dass die Regierung die Höhe des „Efterløn“ (freiwillige Rentenversicherung) absenken will. Genauso die Vorschläge der Steuerleichterung, die z.B. für die meisten Mitglieder von Dansk Metal ca. 300 DKr Steuererleichterung bedeuten. Aber bei den steigenden Energieausgaben ganze 150 DKR oder 10 Euro im Monat ausmachen.

In den so genannten „trepartsforhandlinger“ (Verhandlungen zwischen Regierung, öffentlichen Arbeitgebern und den Gewerkschaften) gibt es sehr großen Streit. Die Regierung will zwar die Arbeits-, Ausbildungs- und Einstellungsbedingungen verbessern, aber nicht die Löhne erhöhen. Deshalb haben einzelne Gewerkschaften sich von den Gesprächen zurückgezogen.

In der darauf Folgenden Diskussion sahen viele Mitglieder gerade aus den Gewerkschaften die Aufgabe aber eben auch die große Möglichkeit, das Enhedslisten sich als Bindeglied zwischen Volksbewegung und Gewerkschaftsbewegung und der parlamentarischen Arbeit etablieren kann und auch muss, wenn sie nicht die Hälfte ihrer Mandate verlieren will.

Sollten sich aus den obigen Darstellungen spezielle Fragestellungen ergeben so können diese von mir in Zusammenarbeit mit den dänischen Genossen beantwortet werden.

Meenhard Smit

(Text gekürzt)

Hier sind sie, die Email-Adressen der b&gler:

Wolfram Altekruöger
Detlef Baade
Angela Beutler
Horst Bethge
Christian Bethke
Verena Brachvogel
Belinda Brechbilder
Barbara Borchardt
Gerda Brücher
Gerd Buddin
Susanne Danowski
Jörg-Henry David
Siegfried Deuschle
Hermann Dierkes
Michael Dubielczyk
Jochen Dürr
Monika Dürschmied
Michael Dworak
Gabriele Eichner
Gisela Engel
Wolfgang Engel
Ralf-Jochen Ehresmann
Rainer Einkenel
Dirk Elmer
Siegfried Faust
Wolfgang Freye
Brigitte Gehrke
Heidi Gläs
Angela Grollmisch
Holger Grünwedel
Frank Habermann
Agnes Hasenjäger
Kerstin Heinzel
Detlef Hertz
Hans Joachim Hirschfeld
Andreas Ixert
Wolfram Just
Bernt Kamin-Seggewies
Gerald Kemski
Heidi Kloor
Margitta Klug
Ingrid Kolbe
Norbert Konrad
Steven Kunz
Edda Lechner
Sabine Leidig
Jürgen Locher
Kathrin Lohse
Mike Melzer
Birgit Menz
Achim Meyer-Heithuis
Jörg Meinicke-Kleint
Peter Meyer
Petra Mißbach
Ernst Molkenthin
Klaus Mucha
Achim Müller
Heidi Müller
Robert Niemann
Jutta Nitsche
Hartmut Obens
PDS AG B&G Hessen
Inno Rappitel
Ralf Rippel
Edeltraud Rogée
Helmut Ross
Friederike Rüd
Johann Scheck
Anke Schmitt
Falko Schroebler
Berni Schuckart
Monika Schlüter
Monty Schädel
Hans-Jürgen Schwartz
Margarethe Seifert
Gunnar Semmelrock
Klaus Tischendorf
Peter Venus
Harald Werner
Sabine Wils
Karl-Friedrich Zais

Wolfram.Altekruoger@t-online.de
Detlef.Baade@web.de
abeutler@t-online.de
Horst.Bethge@t-online.de
BChrist315@aol.com
verena.brachvogel@gmx.de
brechbilder@gmx.de
info@barbara.borchardt.de
gerda.bruecher@mnet-online.de
gerd.buddin@die-linke.de
su.dan@online.de
JoHeda@t-online.de
siegfried.deuschle@nexgo.de
hermann.dierkes@arcor.de
DUBI121@aol.com
jochenduerr@freenet.de
ermola@t-online.de
qunas@gmx.de
gabi.eichner@arcor.de
engel.gisela@gmx.de
Zweiengel@aol.com
uzsptm@uni-bonn.de
rainein@aol.com
dirkelmer@gmx.de
DieLinkejuelich@aol.com
wfreye@web.de
brigittegerke@ki.comcity.de
glaes@gmx.de
agrollmisch@web.de
holger.gruenwedel@gmx.net
info@linke-kassel.de
h.agnes@gmx.de
HEINZEL@t-online.de
detlef_hertz@web.de
HHirschfeld@t-online.de
ratsgruppe@linke-herne.de
wolfram_just@t-online.de
BERNT0704@AOL.COM
0404102964-0001@t-online.de
heidi.kloor@googlemail.com
320093328666-0001@t-online.de
bug-ingrid@kolbe-web.de
Konrad-Brunsbuettel@t-online.de
fidel.kunz@gmx.de
edda.lechner@t-online.de
sabine.leidig@attac-netzwerk.de
JuergenLocher@superkabel.de
KILohse@aol.com
promtheus@gmx.de
Birgit.Menz@t-online.de
meyer-heithuis@arcor.de
Meinicke-Kleint@onlinehome.de
pemex@gmx.net
Petra.Missbach@t-online.de
ErnestoPrimero@aol.com
Kmuchu@snafu.de
achim_mueller@web.de
heidi.mueller-online@web.de
RobertNiemann@web.de
jutta.nitsche@die-linke.de
HObens@t-online.de
Info@lagbug-pds-hessen.de
inno@eu-rappitel.de
ralf_rippel@web.de
Edeltraud.Rogee@t-online.de
helmut-roos@web.de
friederike-rued@gmx.de
j.scheck@kreutzpointner.de
gegenfeuer@gmx.de
fws1940@freenet.de
Bschuckart@aol.com
Schlueter-Halberstadt@t-online.de
mail@montyschaedel.de
jaeck_i_md@yahoo.de
margaretheseifert@t-online.de
gunnar_hh@arcor.de
Klaus.Tischendorf@slt.sachsen.de
Peter.Venus@t-online.de
harald-werner-berlin@t-online.de
Sabine.Wils@hamburg.de
wkb.zais@t-online.de

Termine 2007

Bundestreffen *DIE LINKE*. AG Betrieb & Gewerkschaft

17.-18.11.2007

in Hannover

Künftig unbeschreiblich weiblich!

Die Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft der *LIN-KEN*. in Hamburg wählte bei ihrer Jahreshauptversammlung am 18.8.2007 im Bürgerhaus Wilhelmsburg ein neues SprecherInnen team.

Neben Gerald Kemski werden künftig Elisabeth Baum, Regine Brüggemann und Sabine Wils (alle in ver.di) die AG nach außen vertreten. Für die Finanzen wird Christine Wolfram verantwortlich sein.

Zuvor hatte Michael Schlecht vom Bundesvorstand eine kritische Einschätzung des „Wirtschaftswunders“ in der Republik vorgenommen. Er forderte die GewerkschafterInnen bei der *LINKEN*. auf, sich nicht von den Sozialdemokraten ins Bockshorn jagen zu lassen: Wer den Mindestlohn propagiere, müsse auch darüber sprechen, welche konkreten „Reformen“ der Schröder-Regierung die gegenwärtige Lage am Arbeitsmarkt erst herbeigeführt haben. Und dann sieht Müntefering gar nicht mehr gut aus.

Die TeilnehmerInnen waren sich einig, dass die Rekommunalisierung privatisierter Betriebe in Hamburg im Wahlprogramm stehen muss. Daneben gilt es, den demokratischen Sektor wieder in die Betriebe auszuweiten, das heißt, den Beschäftigten Mitbestimmung in allen Belangen zu erkämpfen. Bildungspolitisch treten die GewerkschafterInnen für eine einheitliche Schulbildung aller Kinder bis zur 13. Klasse ein.

Die Arbeitsgemeinschaft wird sich dafür einsetzen, dass mindestens eines ihrer Mitglieder auf den ersten fünf Plätzen der Bürgerschaftsliste der *LINKEN*. erscheint.



IMPRESSUM:

„betrieb&gewerkschaft Intern“ wird an alle Aktive der AG verschickt. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Bundesgeschäftsstelle der Partei

DIE LINKE. AG B&G, Kl. Alexanderstr. 28, 10178 Berlin,

Tel. 030/2 4 009 673, Fax 030/ 24 009 480 E-mail: ag.bg@die-linke.de

Redaktionsschluss: 03.10.2007

Verantwortlich:

BundessprecherInnenrat

DIE LINKE. AG Betrieb & Gewerkschaft

www.betriebundgewerkschaft.de